



freiheitsfoo - c/o Michael Ebeling - Kochstraße 6 - 30451 Hannover

Niedersächsische Staatskanzlei
Ministerpräsident Stephan Weil
Planckstraße 2
30169 Hannover

Hannover, den 18. Oktober 2013

Das Land Niedersachsen und sein Verhältnis zu „sozialen Medien“

Sehr geehrter Herr Weil,

am 26. März 2012 haben 18 Bürgerinnen und Bürger eine Petition an den Niedersächsischen Landtag gerichtet¹. Diese Petition unter dem Titel "*Zum Umgang niedersächsischer Behörden, Ämter und Gesellschaften mit Facebook und anderen 'Sozialen Netzwerken'*" wurde geführt unter der Eingaben-Nummer 02934/10/16 und enthält die folgenden drei Forderungen:

Wir fordern:

- 1. Den vollständigen Rückzug aller niedersächsischen Behörden und Ämter aus Facebook.*
- 2. Die Entfernung aller Links und "Gefällt-mir-Buttons" aus den Internetportalen dieser Behörden sowie aller weiteren im Besitz des Landes Niedersachsen befindlichen Gesellschaften.*
- 3. Die sofortige Unterlassung von Fahndungsaktivitäten Niedersächsischer Polizeien in sämtlichen profitorientierten 'Sozialen Netzwerken'.*

Diese Forderungen wurden mit Erläuterungen und Begründungen im insgesamt 11seitigen Petitionstext untermauert.

¹ <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Facebook-petition.pdf>

Die Petition wurde vom (damals noch mehrheitlich von CDU und FDP besetzten!) Landtag immerhin für so beachtenswert gehalten, dass sie per Empfehlung des zuständigen Ausschusses am 6. Dezember 2012 an die Landesregierung als Material überwiesen worden ist.

Soweit die bisherige Entwicklung.

Nach der Landtagswahl im Januar wird Niedersachsen nun von einer Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen regiert. Zudem werfen weitere seither öffentlich gewordene Datenpannen und datenschutztechnische "Weiterentwicklungen" bei vielen "sozialen Netzwerken" sowie die Enthüllungen über Art und Umfang von freiwilliger und unfreiwilliger Zusammenarbeit dieser Unternehmen mit ausländischen Nachrichtendiensten ein ganz neues Licht auf die Praxis einiger niedersächsischer Behörden und Landesbetriebe, dort präsent und aktiv zu sein und damit die gefährdete und pauschal unsichere Kommunikation mittels dieser Plattformen zu fördern.

Aus diesen Gründen wenden wir uns mit diesem offenen Brief und der folgenden Frage an Sie:

In welcher Form bzw. in welchem Umfang sind Sie dazu bereit, die Forderungen dieser Petition in die Tat umzusetzen bzw. in die Praxis niedersächsischer Behörden einfließen zu lassen?

Wir appellieren an Sie und Ihre Fähigkeit, die Tragweite des derzeitigen behördlichen Handelns zu erkennen und würden uns sehr über eine gehaltvolle Rückmeldung freuen, die wir genau wie diesen Brief ungekürzt publizieren werden.

Bei Rückfragen oder Gesprächsinteresse sind wir gerne für Sie da.

Mit vielen guten Grüßen,

Im Namen der Menschen von freiheitsfoo:
Michael Ebeling

Anlage: Kopie der Petition vom 26. März 2012, jedoch ohne Audio-CD-Anhang wie im Original



freiheitsfoo - c/o Michael Ebeling - Kochstraße 6 - 30451 Hannover

Niedersächsische Staatskanzlei
- Medienreferat -
Planckstraße 2
30169 Hannover

Hannover, den 18. Oktober 2013

Das Land Niedersachsen und sein Verhältnis zu „sozialen Medien“

Sehr geehrter Herr R...,

am 26. März 2012 haben 18 Bürgerinnen und Bürger eine Petition an den Niedersächsischen Landtag gerichtet². Diese Petition unter dem Titel "*Zum Umgang niedersächsischer Behörden, Ämter und Gesellschaften mit Facebook und anderen 'Sozialen Netzwerken'*" wurde geführt unter der Eingaben-Nummer 02934/10/16 und enthält die folgenden drei Forderungen:

Wir fordern:

- 1. Den vollständigen Rückzug aller niedersächsischen Behörden und Ämter aus Facebook.*
- 2. Die Entfernung aller Links und "Gefällt-mir-Buttons" aus den Internetportalen dieser Behörden sowie aller weiteren im Besitz des Landes Niedersachsen befindlichen Gesellschaften.*
- 3. Die sofortige Unterlassung von Fahndungsaktivitäten Niedersächsischer Polizeien in sämtlichen profitorientierten 'Sozialen Netzwerken'.*

Diese Forderungen wurden mit Erläuterungen und Begründungen im insgesamt 11seitigen Petitionstext untermauert.

² <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Facebook-petition.pdf>

Die Petition wurde vom (damals noch mehrheitlich von CDU und FDP besetzten!) Landtag immerhin für so beachtenswert gehalten, dass sie per Empfehlung des zuständigen Ausschusses am 6. Dezember 2012 an die Landesregierung als Material überwiesen worden ist.

Soweit die bisherige Entwicklung.

Nach der Landtagswahl im Januar wird Niedersachsen nun von einer Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen regiert. Zudem werfen weitere seither öffentlich gewordene Datenpannen und datenschutztechnische "Weiterentwicklungen" bei vielen "sozialen Netzwerken" sowie die Enthüllungen über Art und Umfang von freiwilliger und unfreiwilliger Zusammenarbeit dieser Unternehmen mit ausländischen Nachrichtendiensten ein ganz neues Licht auf die Praxis einiger niedersächsischer Behörden und Landesbetriebe, dort präsent und aktiv zu sein und damit die gefährdete und pauschal unsichere Kommunikation mittels dieser Plattformen zu fördern.

Aus diesen Gründen wenden wir uns mit diesem offenen Brief und der folgenden Frage an Sie:

In welcher Form bzw. in welchem Umfang sind Sie dazu bereit, die Forderungen dieser Petition in die Tat umzusetzen bzw. in die Praxis niedersächsischer Behörden einfließen zu lassen?

Wir appellieren an Sie und Ihre Fähigkeit, die Tragweite des derzeitigen behördlichen Handelns zu erkennen und würden uns sehr über eine gehaltvolle Rückmeldung freuen, die wir genau wie diesen Brief ungekürzt publizieren werden.

Bei Rückfragen oder Gesprächsinteresse sind wir gerne für Sie da.

Mit vielen guten Grüßen,

Im Namen der Menschen von freiheitsfoo:
Michael Ebeling

Anlage: Kopie der Petition vom 26. März 2012, jedoch ohne Audio-CD-Anhang wie im Original